seiner Verbrechen und zu Fragen, die tief in die bundesdeutsche Gegenwart hineinreichen: die „zweite Schuld" hat Ralph Giordano diese fortwirkende Tradition des „Friedens mit den Tätern" und des „Verlustes der humanen Orientierung" genannt[5].

Ohne sich den kritischen Blick auf die Rede durch berechtigte Empörung oder aber selbstgerechte Abwehr zu verstellen, lassen sich zwei brisante Themen benennen, um die Jenningers Ausführungen kreisen. Im Gewande machtpolitischer Phantasien bis zur Unkenntlichkeit verborgen, berührt Jenninger ein sehr zeitgemäßes Problem politischer Ethik: welche Lehren bieten die extremen Erfahrungen der NS-Zeit für die aktuellen ethischen Problemlagen einer (nicht-totalitären) Risikogesellschaft? Aus dieser Fragestellung ist beispielsweise das in den letzten Jahren so stark angestiegene fachwissenschaftliche Interesse an der Aufarbeitung der Verstrickungen der Disziplinen und Berufsgruppen in das NS-System zu erklären, das in enger Kooperation mit Friedens- und Ökologiebewegung entstand. Ebensoviel ließe sich aus dem moralischen Desaster des *„kleinen Mannes"* lernen, den Jenninger instinktsicher als Prototyp des Deutschen ausersehen hat. Schon einmal waren die Mittäter und Mitläufer Gegenstand entsetzter Erörterungen gewesen, während und unmittelbar nach der NS-Herrschaft. Aber im Klima erneuter Anpassung und Aufbauwut der Nachkriegsjahre wurden solche Anfragen zurückgestoßen. Sollte jetzt nicht, endlich, ein Zeitpunkt gekommen sein, diese Fragen wiederaufzunehmen, um die politische Kultur dieses Landes angesichts globaler und zugleich lokal präsenter Gefährdungen, angesichts starker Versuchungen des Weiter- und Mitmachens neu zu justieren? Ein Blick auf die Extreme der entfesselten NS-Herrschaft und deren Duldung könnte den Blick schärfen für die Mechanismen „organisierter Schuld", für den anpassungsbereiten Typ des „modernen Massenmenschen", den Hannah Arendt vor 44 Jahren beschrieb[6]: Diesen Menschen war „ihr Gewissen . . . durch den Funktionscharakter ihrer Handlungen abgenommen"; die „Zweiteilung von Privat und Öffentlich, von Beruf und Familie (hatten sie) so weit getrieben, daß (sie) noch nicht einmal in (ihrer) eigenen identischen Person eine Verbindung zwischen beiden entdecken (konnten)"; ihrer Allverwendbarkeit stand nur eine einzige Bedingung im Wege, „daß man (sie) von der Verantwortung für (ihre) Taten radikal freisprach"; und zum „Bewußtsein, schuldig zu sein" fehlte ihnen „eine Überzeugung von der Verantwortungsfähigkeit des Menschen." – Ist uns dieser Typ so fremd geworden, daß wir ihn nur auf die Vergangenheit beziehen könnten?

Diese Debatte, die in historischen Analysen des Anpassungsverhaltens der Machteliten und der Berufsgruppen, in den Institutionen und im Alltag des Nationalsozialismus bereits begonnen hat, nun in das öffentliche Bewußtsein zu heben – darin besteht die eigentliche Chance der Jenninger-Rede. Aber ohne die rückhaltlose Erinnerung an die *Opfer* des „kleinen Mannes" bliebe der Blick zurück ebenso stumpf wie der Blick nach vorn.

Klaus Naumann

Lob der Unruheträger

Wissenschaft und Technik im letzten Jahrzehnt: ihre Entwicklung hat gezeigt, daß – anders als Marx meinte – sich die *ideellen* Interessen sogar dann blamieren können, wenn ihnen die *materiellen*

5) Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

6) Hannah Arendt, Organisierte Schuld (1944/45), in: Dies., Die verborgene Tradition. Acht Essays, Frankfurt/M. 1976, S. 32 ff.

Interessen und die durch sie verursachten Veränderungen handfest zuarbeiten. Die *geistige* Wende, von den Liberalkonservativen Anfang der 80er noch als ein zentrales ideologiepolitisches Schlüsselprojekt auf dem Feld technologiepolitischer Legitimationsarbeit und ordnungspolitischer Neugestaltung des Wissenschafts- und Hochschulwesens definiert – sie hat nicht stattgehabt unter dem Gros der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz der Bundesrepublik.

Am Ende des Jahrzehnts ist es nicht gelungen, klassische wissenschaftspolitische *Unruheträger* zu marginalisieren bzw. ihren erneuten Aufschwung aufzuhalten (z. B. GEW, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler [BdWi], der in diesen Tagen sein 20jähriges „Jubiläum" feiern kann) und die Entstehung neuer im Wissenschaftsbereich agierender *Initiativen* zu verhindern (Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Friedensinitiativen der Ärzte, Naturwissenschaftler, Psychologen und Pädagogen). Die 80er Jahre haben die dauerhafte Institutionalisierung *gewerkschaftlicher* Technologiepolitik gebracht, unterschiedlich gewichtig in den einzelnen Gewerkschaften, oft noch randständig und politisch einflußarm, insgesamt aber zunehmend relevant und kompetent. Zahlreiche Wissenschaftsläden-Initiativen waren kurzatmig und sind wieder untergegangen. Andere kritisch-alternative, private Forschungs- und Informations*institute* sind entstanden oder haben sich stabilisiert: die AGöF-Einrichtungen, das Freiburger Öko-Institut, das Starnberger Friedensforschungsinstitut oder die neue Bonner „Informationsstelle Wissenschaft und Frieden". Der BdWi plant für 1989 die Einrichtung einer „Forschungs- und Informationsstelle", deren Arbeitsschwerpunkte globale Probleme (v. a. Ökologie), Gentechnologie sowie Forschungs- und Technologiepolitik sein sollen. *Projekte* zur kontinuierlichen Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit für alternative Vorschläge, Konzepte und Politiken wie die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" oder die Berliner „Volksuni" haben sich verstetigt. Alte politische Fronten wurden durch *disziplinäre Konvergenzen* aufgebrochen. Die machtpolitische Unterfütterung neuer Fragestellungen und Konzepte durch alte, einflußreiche Disziplinen aus den Naturwissenschaften oder der Medizin oder die markt- und angebotsstarken neuen Wissenschaften (Informatik, Teilbereiche der Biologie) hat vor allem in öffentlichen Einrichtungen (Hochschulen, „freie" Forschungseinrichtungen) stabile Teilöffentlichkeiten durchsetzen können, die insbesondere auf globale Gefährdungen reagieren und aufnahmefähig sind für die Problemformulierungen sozialer Bewegungen – offenbar in erster Linie der Frauen- und Umweltbewegung. Das Agieren im politischen Feld hat sich ausgebreitet in Disziplinen und Wissenschaftsbereichen, die solches bislang als unangemessene Politisierung von sich gewiesen hätten – ein Beispiel wäre die Klimaforschung (die Meeresforschung hat diesen Wertewandel noch vor sich). Zu dieser Neukonturierung der Wissenschaftslandschaft gehört schließlich auch die Etablierung einer neuen *Wissenschaftspublizistik:* sei es in unabhängigen Publikationen, deren Auflagen wachsen (wie dem „Forum Wissenschaft" des BdWi oder der Berliner „Wechselwirkung", die mit respektabler Auflage von 7500 gerade zehn Jahre alt geworden ist), sei es in Nischen der Rundfunk- und auch Fernsehanstalten oder Universitätszeitungen (z. B. der Hamburger oder Kasseler Universität).

Das politische Profil der Wissenschaft am Ende des Jahrzehnts also: es gibt mehr widerborstige Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und an den gesellschaftlich nützlichen Leistungen der Wissenschaft Interessierte, die mit überraschender Zähigkeit am Gebrauchswert ihrer Projekte arbeiten. Ihr Einfluß reicht weiter als zu Beginn des Jahrzehnts.

Sicherlich ist das Milieu dieser Einmischungsbereitschaft die *Ernüchterung*. Die 80er Jahre brachten ein zweites Mal nach Hiroshima eine massive Demystifizierung und – Illusionierung über Wissenschaft, über Technik. Ein unruhiges Jahrzehnt, das geprägt war von der Verunsicherung.

Wo Namen wie Tschernobyl, SDI, Sandoz oder Challenger sich in Synonyme für naturwissenschaftlich-technische Fehlbarkeit und für technische Desaster verwandeln, gilt der Gang der Wissenschaften als Sicherheitsproblem. Da nicht ein menschliches Versagen, sondern die soziale Konstruktion eines normalen Risikopotentials komplexer technischer Systeme durch blinde Wissenschaft zum Problem wird, setzt die Konstruktion anderer technischer Systeme – ohnehin für sich ein Prozeß, der mehrere Jahrzehnte in Anspruch nimmt – eine veränderte Wissenschaft und, vorweg, einen Zustand gesellschaftlicher Selbst-Sicherheit voraus (Helga Nowotny), der nur durch politische Veränderungen erreicht werden kann, die eine ganze Epoche dauern werden: keine militär- und atomstaatliche, sondern eine sozialstaatliche Lösung also.

Ob freilich die Wissenschaft – und hier sind gemeint in erster Linie die Sozial- und Kulturwissenschaften – hier einen Beitrag leisten kann, mag manchem, der mit den neueren Erfahrungen der Konsequenzen wissenschaftlich-sozialistisch geleiteter Umgestaltung konfrontiert wird, eher fraglich erscheinen. Der Aufbau einer systematischen Folgenbewertung sozialwissenschaftlichen Denkens und Handelns jedenfalls steht noch aus. Überwunden werden muß auf jeden Fall der immer noch spürbare Hang zu einfachen Lösungen, zum Ansetzen an einem Punkt, einem Problem, einem Konzept. Ob dies die Träume von Weltregierungen sind, wie sie in den 40ern und 50ern geträumt wurden, der Glaube an den Hebel der Ökologisierung, oder die Hoffnung auf ein weltweites Vergemeinschaftungspotential der sogenannten Kommunikationstechnologien: hier wird die „Produktivkraft Kooperation" unterschätzt. Die Offenheit zum Austausch – deren Ausbreitung im Wissenschaftsbereich oft eine Funktion des Einflußverlustes verbiesterter '68er (oder ihrer in der Mitte des Lebens sich neu einstellenden Lernfähigkeit) war – kann so wieder verspielt werden.

Das entstandene Vergesellschaftungsniveau der Probleme erlaubt aber solche Fehler nicht. In wenigen Jahren fallen zentrale Entscheidungen im stofflichen Bereich: über Energieversorgung, Wasser- und Meeresschutz, die Entwicklung einer neuen Bodenpolitik und die Umgestaltung der Landwirtschaft; der Kurswechsel zu einer anderen Müllpolitik, die Konzipierung einer alternativen Rohstoffpolitik der Bundesrepublik, die Rettung des Waldbestandes auch durch massive Eingriffe in das Verkehrssystem. Wie läßt sich dies verknüpfen mit einer Politik, die zielt auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Umwälzung der Zeitbudgets, die Neustrukturierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktregulierung im europäischen Rahmen, die Verhinderung der großen Finanzkrise der Kommunen in den 90ern, die Finanzierung des „sozialen Netzes", die Durchsetzung einer stetigen Abrüstung und Rüstungskonversion, die Entwicklung menschengerechter und persönlichkeitsfördernder Arbeit, die Ökologisierung der Produktion, die Schwächung und Beseitigung patriarchalischer Verhältnisse? Die Probleme sind komplex, kompliziert, global, langfristig – was von der skizzierten Wissenschaftsstruktur bestenfalls in Ansätzen gesagt werden kann. Doch die Lösung dieser Probleme setzt den Aufbau wissenschaftlicher und – in erster Linie – politischer Machtressourcen voraus. Die Weiterarbeit an diesen Projekten demokratischer Wissenschaft ist dringend notwendig.

Daß Wissenschaft nun freilich selbst zum Problem geworden sei, dafür gilt die

molekularbiologische Forschung als Exempel. Es gibt guten Grund zur Annahme, daß sich die Diskussion über die zukünftige Rolle der Wissenschaft am Thema Gentechnologie entscheiden wird. Hier ist die Diskussion über Kontrolle am entwickeltsten, die Gegensätze sind unversöhnlich. Das Bedenken der Folgen geschieht parteiisch: geht es den einen um Folgen, die eintreten, wenn die Forschung fortgesetzt wird, so den anderen um die Folgen eines Verbotes. Die Zuspitzung trifft den Kern des Selbstverständnisses der Wissenschaft: den Austausch von Argumenten. Vieles wird davon abhängen, die Kommunikationsfähigkeit in der Wissenschaft unter den Bedingungen eines langandauernden tiefgreifenden Konflikts aufrechtzuerhalten, was nicht erreicht werden kann durch die allseits spürbare Flucht in den endlosen wissenschaftsethischen Diskurs.

Denn natürlich geht es nicht primär um Argumente und um Moral, sondern einfach darum, daß sich in den 80er Jahren die politische Ökonomie der Wissenschaft und die daraus entspringende Gestaltungsmacht neu strukturiert: dramatisches Symbol dieses Vorgangs ist die Vergabe des US-Patents Nummer 4736866, welches auf 17 Jahre ein Verwertungsrecht für eine transgene Maus sichert. Eigentum kann jetzt nicht bloß mehr an technischen Artefakten, sondern auch an lebenden Organismen erworben, patentiert und als gewinnbringende Ware veräußert werden.

Die politische Struktur dieser Entwicklung reicht jedoch viel weiter. Technologieaufbau ist soziale Konstruktion von Macht, bei Entscheidungen über Technikgenese werden womöglich auf Jahrzehnte gesamtgesellschaftliche Macht-

„Warum ist so einer eigentlich Marxist geblieben?"
20 Jahre BdWi – Neues Denken 1968–1988

Eine Talk-Show mit: *J. Bischoff, B. Booß-Bavnbek, H. Claas, F. Deppe, K. Fritzsche, G. Fülberth, H. Gollwitzer, S. Herkommer, K. Holzkamp, H. J. Krysmanski, R. Kühnl, M. Lauermann, T. Neumann, L. Peter, H. J. Sandkühler, J. Schleifstein, E. Wulff.*

Der Einzug des Marxismus in die bundesdeutsche Wissenschaft nach 1968 war wohl ein Fall von „Neuem Denken". Heute sind beträchtliche theoretische wie praktische Defizite unübersehbar. Wie sich derlei Defizite in der Bearbeitung der eigenen Vergangenheit, in Verunsicherungen, biographischen Brüchen und Umorientierungen niederschlagen und wie sie sich verhalten zur Kontinuität eines Selbstverständnisses als Marxist: das ist das Thema der Talk-Show. Zum Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) – 1968 gegründet – gehörten und gehören auch MarxistInnen. Wir wollen die 20jährige Entwicklung dieser Traditionslinie Revue passieren lassen – und natürlich auch nach den Perspektiven für die nächsten 20 Jahre fragen.

Freitag, 9. Dezember, 18 Uhr, im AudiMax der Philipps-Universität Marburg

Zu diesem Thema erscheint auch ein Sonderheft des BdWI-Wissenschaftsmagazins „FORUM WISSENSCHAFT" mit Beiträgen von: *J. Agnoli, E. Altvater, G. Auernheimer, J. Bischoff, B. Booß-Bavnbek, F. Deppe, G. Fülberth, F. Haug, J. Held, S. Herkommer, L. Kofler, H. J. Krysmanski, R. Kühnl, E. Mandel, N. Paech, L. Peter, R. Sorg, F. Tomberg.* Etwa 100 Seiten, Preis: 10,– DM.

Wolfgang-Abendroth-Preis

Zur marxistischen Traditionslinie im BdWi gehört auch Wolfgang Abendroth, der den Verband 1968 mitgegründet hat. Der BdWi verleiht jetzt erstmals den Wolfgang-Abendroth-Preis. Prof. Dr. Walter Jens (Universität Tübingen) und Georg Benz (IG Metall) werden zur Preisverleihung sprechen.

Samstag, 10. Dezember, 14 Uhr, Alte Aula der Philipps-Universität Marburg

Nähere Informationen: BdWi-Geschäftsstelle Marburg, Postfach 543, 3550 Marburg, Tel. (0 64 21) 2 13 95 oder BdWi-Geschäftsstelle Bonn, Reuterstr. 44, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 21 99 46.

potentiale definiert. Wer, wie etwa Klaus Meyer-Abich, von verbesserter Wissenschaftsberatung und kritischem Konsumentenverhalten einen Umbau der Wissenschaftsgesellschaft erhofft, wird weder die kriechende Zerrüttung der Finanzbasis der Sozialwissenschaften aufhalten können – in den USA geht die Bundesunterstützung für die Sozial- und Verhaltenswissenschaften seit mittlerweile 16 Jahren zurück – noch wird er nur ein Jota an der massiven Akkumulation, an der Konzentration und Zentralisation von Forschungskapital ändern können (und wollen), die unter der gegenwärtigen Bundesregierung betrieben wird: jede zweite Mark, die der Bund in acht Jahren CDU/FDP-Regierungszeit für Forschung und Entwicklung (außerhalb der Hochschulen) aufgewandt hat, ging in die Atom-, Weltraum- und Rüstungsforschung, eine Triade, um die sich die Forschungs- und Technologiepolitik nicht nur in der Bundesrepublik seit Kriegsende dreht. Ohne den Ausstieg aus dieser Triade (wobei die Nützlichkeit ziviler Weltraumforschung, soweit sie nicht-be„mannt" ist, unbestritten sei), ist die Durchsetzung eines sozialstaatlich-ökologischen Paradigma in der FuT-Politik unmöglich, denn dieses andere, sinnvolle Entwicklungsmuster muß, will es ein adäquates Problemlösungspotential hervorbringen, vermutlich auf einem Ressourcenniveau operieren, das die heute für solche Zwecke bereitgestellten Mittel um das 20–30fache übertrifft. Das ist aber auch langfristig nach Lage der Dinge nicht zu machen, wenn die augenblickliche Prioritätensetzung auf Weltraum, Atom und Rüstung beibehalten und sogar noch – wie gegenwärtig – ausgebaut wird. Sicherlich geht es dabei auch um politische Umsetzung; praktikable Vorschläge zur Problemlösung liegen häufig schon lange vor. Weit geringer sind die Beiträge zur kritischen Analyse der Rolle der Bundesrepublik bei der Verursachung globaler Probleme und der Möglichkeiten und Instrumente, die sie zur Lösung dieser Fragen hätte. Fast völlig fehlt der Beitrag der Wissenschaft zur Herstellung des Milieus, der Bedingungen, unter denen Bereitschaft zur Problemerkenntnis und -beseitigung entsteht. Voraussetzungen, um hier weiter zu kommen, gibt es. Wissenschaftliche Kompetenz, Engagement und politischer Mut haben eine Tradition unter den Tausenden von WissenschaftlerInnen und AkademikerInnen der Bundesrepublik, von der kaum die Rede war im Jahr geschäftstüchtiger Rückblicke auf die '68er Studentenbewegung.

Rainer Rilling

Verweigerungswelle

Entsteht in der Bundesrepublik eine pazifistisch geprägte Gesellschaft? Der Eindruck ergibt sich, wenn Eckpunkte pazifistischer Politik mit Erscheinungen wie wachsenden Kriegsdienstverweigerer-Zahlen und dem Meinungs- und Wertewandel in der Bevölkerung in Bezug gesetzt werden.

Die neue Friedensbewegung hat sich Anfang der 80er Jahre als Ein-Punkt-Bewegung gebildet. Aber schon damals begründete ein Teil der Bewegung – neben Kriegsdienstverweigerer-Organisationen vor allem christliche Friedensgruppen – seine Arbeit gegen die Atomraketen mit radikal-pazifistischen Positionen. Im Laufe der Jahre ist solch grundsätzliche Ablehnung der Abschreckungspolitik und des damit verbundenen Rüstungswettlaufs für eine große Zahl in der Friedensbewegung engagierter Menschen zum treibenden Motiv ihres Engagements geworden.

Verschiedene Aktionen und Meinungsäußerungen haben in jüngster Zeit zu einer erkennbaren moralischen Polarisierung der sicherheitspolitischen Auseinan-